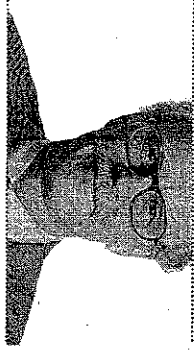


Zu viel Moral kann Kinder töten

Die Dritte Welt braucht Kredite. Auch wenn die dortigen Herrscher nicht über alle Zweifel erhaben sind



Bruno S. Frey

Die Banken werden immer häufiger juristisch angeklagt, mit ihren Krediten diktatorische Regime gestützt zu haben. Auch gegen Schweizer Banken wurde ge-klagt: Sie hätten die Apartheid gefördert, weil sie dem damaligen Regime in Südafrika Kredite gaben. Ähnliche Beschuldigungen werden gegen die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds erhoben.

Internationale Kredite gebende Banken sind in der Tat nicht direkt an der politischen Moral der Empfänger interessiert. Vielmehr interessiert sie, ob die Empfängerländer die Kredite verzinsen und am Ende zurückzahlen werden. Moral spielt nur insofern eine Rolle, als dadurch die Bedeutung und Rückzahlung der Schuld beeinflusst wird. Ein indirekter Effekt besteht allenfalls dann, wenn im Inland gegen die Kreditvergabe protestiert wird und dadurch sonstige Geschäftschancen beeinträchtigt werden.

Was als «moralisch» oder «unmoralisch» gilt, ist allerdings umstritten. Meist wird erst nachträglich klar, wie eine Regierung zu beurteilen ist. Dies vorher zu bestimmen, ist beinahe unmöglich. Sollten etwa Kredite an Kuba gegeben werden? Unbestritten wird dieses Land autoritär regiert, aber manche Leute sehen dort auch gute Ansätze, die es zu unterstützen gilt. Ähnlich sieht es mit China aus. Und wie steht es mit Russland, das die

Tschetschenen unterdrückt? In all diesen Fällen bestehen unterschiedliche Vorstellungen darüber, was moralisch ist und ob deshalb Kredite gewährt werden dürfen. Diese (umstrittenen) Moralvorstellungen sind jedoch nicht das Einzige, was zu beachten ist. Zwei andere Aspekte sind noch bedeutsamer. Besonders wichtig ist, welche Wirkungen Kreditboykotte auf die Bevölkerung der betreffenden Länder haben.

In aller Regel schaden Boykotte jeglicher Art (also auch ein Verzicht auf Warenexporte und -importe) der Bevölkerung der Zielländer massiv. Ein gutes Beispiel sind die von der Uno verhängten Sanktionen gegen den Irak unter der Regierung von Saddam Hussein. Die Bevölkerung hat darunter schwer gelitten, und es sind Tausende von Säuglingen gestorben. Dem Diktator und seinem Clan haben hingegen die Boykotte in die Hände gearbeitet. Sie haben dadurch ihre Bevölkerung noch besser unterdrücken und sich durch Schwarzhandel masslos bereichern können. Viel besser als ein Boykott wäre eine Intensivierung des Handels gewesen. Sie hätte der Bevölkerung des Iraks eine Möglichkeit eröffnet, sich zumindest teilweise dem Machtbereich des Diktators zu entziehen. Somit wären gerade Handelskredite an den Irak moralisch empfehlenswerter gewesen.

Als Zweites sollte man sich von einem Neokolonialismus moralischer Art hüten. Die Souveränität der Länder auch wenn ihre Art der Politik nicht genau unseren Ansichten entspricht. Sticherlich ist es nicht die Aufgabe der Banken, zu bestimmen, welche Regierungen als «moralisch» und welche als «unmoralisch» zu betrachten sind. Die heutige Situation ist deshalb vertrackt und durch grosse Unsicherheit geprägt. Die Banken fürchten sich, Kredite an diese Länder zu ver-



geben, wenn sie Gefahr laufen, deshalb anschlussend in publikumswirksamen Prozessen zu gewaltigen Strafen verurteilt zu werden. Damit wird jedoch der dringend nötige Kapitalfluss in die armen Länder behindert.

Es ist nicht Aufgabe der Banken, darüber zu richten, ob eine Regierung moralisch unbedenklich ist oder nicht.

ILLUSTRATION: GABE KOPP

Ein Harvard-Professor hat deshalb kürzlich eine internationale Behörde vorgeschlagen, die darüber befinden sollte, welche Kredite an welche Länder der akzeptabel seien. Diese Behörde sollte objektiv handeln. Faktisch würde dadurch eine «internationale Moral-Behörde» geschaffen, die autoritär festlegt, was eine «legitime» und was eine «illegitime» Regierung ist.

Im ersten Moment erscheint zwar eine solche neue internationale Behörde attraktiv, sie kann aber die Erwartungen nicht erfüllen. Wenn diese Moralbehörde wirklich über die Zulässigkeit internationaler Kredite

befinden kann, wird sie notwendigerweise zum Spielball politischer Einnflüsse. Man vergegenwärtige sich zum Beispiel die Situation, wenn die Vereinigten Staaten der russischen Regierung Kredite zuzahlen möchten. Die internationale Moralbehörde käme unter gewaltigen Druck, das Verhalten der russischen Regierung in Tschetschenen für «legitim» zu erklären. Die Vorstellung einer «internationalen Moralbehörde» ist somit wenig mehr als ein etwas naiver Wunschtraum.

Was liesse sich tun, um zugleich zumindest einen Kapitalfluss in Entwicklungsländer mit gemässigten Regierungen zu sichern, das Geld aber nicht zugunsten von üblen Diktatoren zu verwenden? Die Möglichkeiten sind beschränkt: es kann nur in kleinen Schritten vorwärts gegangen werden, und einen Königsweg gibt es nicht. Am nützlichsten ist, eine als gerechtfertigt geltende Kreditvergabe an allgemein geltende und allgemein akzeptierte Bedingungen zu knüpfen. Dazu gehören international akzeptierte minimale Menschenrechte. Ausserdem sollte ein Land mit einer als bedrückend empfundenen Regierung ohne grossen Aufwand verlassen werden können – eine Bedingung, die etwa die ehemalige DDR und Kuba nicht erfüllen.

Ob die Bedingungen erfüllt oder gravierend verletzt werden, kann in vergleichsweise objektiver Weise durch einen internationalen Gerichtshof offiziell festgestellt werden. Klagen gegen Banken, die Ländern Kredite geben, die diese allgemeinen Bedingungen erfüllen, sollten sofort und ohne Umstände abgelehnt werden. Damit wird das Risiko für jene, die internationale Kredite vergeben, vermindert und damit der Kapitalfluss in die Entwicklungsländer erleichtert.

Bruno S. Frey ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zürich.